



Freitag, 18. September 2026, 17:00 Uhr
~14 Minuten Lesezeit

Die Digitaltyrannei

Unser Recht auf gesellschaftliche Teilhabe darf nicht unter Smartphone-Vorbehalt stehen. Ein Beitrag zur Sonderausgabe „KI und Digitalisierung“.

von Sylvie Weber
Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (DavideAngelini)

Dass Handy-Verkäufer gerne Handys verkaufen, ist verständlich. Warum sich aber fast alle Privatpersonen als ehrenamtliche Vertriebsmitarbeiter der Smartphone-Industrie verstehen, kann nur noch mit

einem kollektiven Wahn erklärt werden. „Was, Du hast noch kein Smartphone? Aber das hat doch heute jeder!“ Noch gravierender als die verwunderten Blicke von Freunden und Verwandten, ist der faktische Smartphone-Zwang, der inzwischen an immer mehr Stellen im öffentlichen Leben installiert wird. Ob Bahncard, Paketabholung oder Restaurant-Besuch – fast nichts mehr geht „ohne“. Und wo Handyverweigerer nicht gleich – wie Hunde – „draußen bleiben“ müssen, werden ihnen zumindest allerlei Hürden in den Weg gelegt. Dies ist gerade für ältere Menschen und für politisch Bewusste, die ihre Daten lieber für sich behalten möchten, verheerend. Dabei hatten wir uns als Gesellschaft einmal darauf geeinigt, dass niemand wegen spezifischer Eigenschaften diskriminiert und ausgegrenzt werden darf. Die Autorin fordert, die neue Digital-Tyrannie mit einer Offline-Bewegung zu bekämpfen. Ein Beitrag zur Sonderausgabe „**KI und Digitalisierung**“ (<https://www.manova.news/sonderausgaben/10>)“.

Stellen Sie sich kurz ein Leben ohne Smartphone und ohne

Bankkarten vor: Sie möchten in einen Bus einsteigen, fummeln ihr Münzgeld aus der Hose und der Fahrer sagt: „Wir akzeptieren nur Kartenzahlung.“ Die Parkuhr nimmt keine Münzen mehr. Ihre Eltern bekommen ein Paket und stehen hilflos vor der verschlossenen DHL-Paketstation. Sie sitzen im Restaurant, und anstatt auf eine Speisekarte, starren sie auf einen schwarzweiß gemusterten Aufkleber auf der Tischplatte. Ihr Kind geht montags in die Schule und hat keine Hausaufgaben gemacht, da diese erst sonntags per Whatsapp-Nachricht vom Lehrer versandt wurden.

Willkommen in der Welt der Offliner und Digitalvermeider. Für sie ist der Alltag zunehmend schwieriger zu managen, da viele Dienstleistungen des täglichen Bedarfs nur noch online zu buchen sind und die analogen Alternativmöglichkeiten zunehmend und bewusst erschwert werden.

Der Publizist Heribert Prantl forderte 2025 in einer Kolumne die Erweiterung des 3. Artikels des Grundgesetzes „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“ um „das Recht auf ein analoges Leben“:

*„Die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben darf nicht unter Smartphone-Vorbehalt stehen; die Nutzung der öffentlichen Infrastruktur auch nicht.“ (1) *

Für ihn bedeutet Inklusion Zugänglichkeit, die nicht nur ein bautechnisches, sondern auch ein gesellschaftspolitisches Prinzip sein sollte. Ähnliches forderte eine Petition des Vereins „Digitalcourage e.V.“, das „Recht auf Leben ohne Digitalzwang ins Grundgesetz aufzunehmen“ (2). Seit Mai 2024 wurden über 70.000 Unterschriften gesammelt, die im Mai 2026 an Abgeordnete der Regierung und der Opposition übergeben wurden (3).

Problematisch ist die Digitalisierung besonders für zwei Gruppen:

1. Offliner

Offliner sind Menschen, die das Internet noch nie genutzt haben. In Deutschland waren das im Jahr 2025 laut Statistischem Bundesamt drei Prozent der Bevölkerung, circa 2,1 Millionen Menschen. Der Anteil der Offliner geht kontinuierlich zurück, seit 2021 hat er sich halbiert (4). Es als Problem einer unbedeutenden Randgruppe zu betrachten, greift trotzdem zu kurz.

2. Menschen, die ihre Privatsphäre auch im Digitalen schützen

Dann gibt es Menschen, die ihre Privatsphäre schützen wollen. Die weder staatliche noch kommerzielle Entitäten mit ihren Daten beglücken wollen. Der Anteil dieser Menschen könnte in den nächsten Jahren noch größer werden, da der allorts stattfindende Zwang zur Digitalisierung Reaktanz hervorruft. Für beide Gruppen wird gesellschaftliche Teilhabe immer mehr erschwert.

Digitalisierung – Segen oder Fluch?

Digitalisierung ist ein zweiseitiges Schwert. Auf der einen Seite fördert sie die Bequemlichkeit und den Komfort, indem Arbeitsabläufe optimiert und Ressourcen wie Papier, Arbeitszeit und Nerven geschont werden. Wer jemals eine Steuererklärung über das „Elster-Portal“ online ausgefüllt hat, weiß, wie schnell sich das ins Gegenteil verkehren kann. Dann wurde zwar Papier gespart, aber der Steuerzuzahlende hat viele Stunden mit seinem Computer verbracht und unter Umständen viele Nerven dabei verloren, damit er sein Geld an den Staat entrichten darf.

Wer sich – aus welchen Gründen auch immer – der Zwangsdigitalisierung entziehen möchte und auf Einsatz von Handy, Laptop, Apps und Co. verzichtet, bekommt ein Problem: Das Leben ganz oder in Teilen offline zu organisieren, wird immer herausfordernder. Staatlich garantierte soziale Teilhabe und gesellschaftliche Inklusion sind in diesem Zusammenhang nur leere Worthülsen.

Der Wirtschaftsjournalist Norbert Häring analysiert den staatlich verordneten Digitalzwang schon sehr lange kritisch. So wird laut der Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung die Privatsphäre der Bürger, Datenschutz und Freiwilligkeit zugunsten der Verfügbarkeit von Daten geopfert. Die Daten der Bürger werden zum

„gewinnbringenden Einsatz“ gebracht, sprich den Konzernen und der Regierung zur allgemeinen Verfügung gestellt (5).

Beispielsweise werden kommunal erhobene Daten der Bürger regelmäßig kommerziell auf verschiedenste Arten verwertet. Laut KI-Chat werden aggregierte und anonymisierte Daten wie Bevölkerungsstatistiken oder Wirtschaftsindikatoren an Datenhändler verkauft. Die Stadt bekommt dafür eine Einmalzahlung oder laufende Gebühren. Oder die Daten werden weiterverarbeitet und an Unternehmen, Investoren oder Forschungsinstitute verkauft. Ein großes Thema ist das in der Öffentlichkeit leider nicht. Auf Bundesebene sind die erhobenen Gesundheitsdaten von besonderem Interesse und werden ebenfalls kommerziell und wissenschaftlich verwertet. Das passiert natürlich ohne Zustimmung der Betroffenen.

Ein weiteres Problem ist die Ausweitung der Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten. Das IT-Wissen des Ottonormal-Users hinkt dem weit hinterher. Nur so ist zu erklären, dass das damit einhergehende Problem der fehlenden Privatsphäre im digitalen Raum massiv unterschätzt wird.

„Ja, aber ich habe doch nichts zu verbergen!“ Dieser oft gehörte, aber in dem Zusammenhang dümmste aller Sätze bringt diese Unwissenheit auf den Punkt. Manchmal hilft es, dieselbe Situation gedanklich auf den analogen Raum zu übertragen: Jemand steht 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche an deinem Küchenfenster, beobachtet dich und macht sich Notizen. Spätestens bei dieser Vorstellung würden sich wohl alle Menschen wieder an das vergangene, bewährte Konzept der Privatsphäre erinnern.

Digitalisierung betrifft alle Bereiche des Lebens. In diesem Text können nur exemplarisch einige wenige Teilbereiche aufgegriffen werden:

Auf der politischen Ebene ist die geplante Einführung der BundID als zentrales, bundeseinheitliches Bürgerkonto kritisch zu sehen. Hiermit wird der Bürger eindeutig identifiziert und authentifiziert, alle Anträge an und Mails mit der Verwaltung landen in einem Konto. Der Slogan ist „Wohnzimmer statt Wartezimmer“ (6) – alles wird angeblich einfach und komfortabel gestaltet. Der Nachteil liegt auf der Hand: Der Bürger übernimmt das zentrale Sammeln seiner Daten, seine private Vorratsdatenspeicherung praktischerweise gleich selbst.

Laut Bundeswirtschaftsministerium soll sich auch die deutsche Verwaltung der digitalen Transformation stellen und ihre Verwaltungsleistungen elektronisch anbieten. Was hier nach verbesserter Dienstleistung klingt, kann für Menschen ohne Internetzugang problematisch werden. Komfort und Bequemlichkeit – wer sein Fahrzeug zulassen und seinen Führerschein an- oder ummelden möchte, kann dies online tun. Im Moment ist die öffentliche Verwaltung in Deutschland noch in der „Digital First“-Phase, in der es noch ein Anrecht auf analogen Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen gibt. Die „Digital Only“-Zeit für Verwaltung und Dienstleister wurde schon im Oktober 2024 vom damaligen Verkehrs- und Digitalminister Volker Wissing eingefordert (7). Datenschutz und Privatsphäre sollen weichen und Digitalunternehmen noch mehr Daten abgreifen können. Analoge Ausweichmöglichkeiten sollen konsequent abgebaut werden (8). Noch kritischer zu betrachten ist die mögliche Kontrolle von Oppositionellen oder Staatskritikern. Sie können dank Künstlicher Intelligenz im Internet schneller erkannt werden und müssen mit Konsequenzen im analogen Leben rechnen. Das braucht unter Umständen nur einen Mausklick.

Für wen das jetzt nach schwarzmalerischer Zukunftsmusik klingt, der sei daran erinnert, was in Kanada im Januar 2022 passierte: Zehntausende Trucker protestierten gegen die Impfaufgaben an der US-kanadischen Grenze. Daraufhin wurden ihnen kurzerhand die

knapp 15 Millionen Kanadischen Dollar Spendengelder eingefroren und die Spritvorräte des Konvois beschlagnahmt (9).

In China ist die Digitalisierung schon viel weiter fortgeschritten, und für den Zugang zum gesellschaftlichen Leben wird zwingend ein Smartphone benötigt. Mit ihm werden nicht nur technische Probleme gelöst, sondern auch das Verhalten der Bürger kontrolliert, kategorisiert und mit Sozialpunkten bewertet. Chinesische Bürger können durch Wohlverhalten mehr Sozialpunkte sammeln und durch Fehlverhalten welche abgezogen bekommen. Der Zugang zum öffentlichen Leben kann daraufhin gewährt oder genommen werden – ein ungeheures Maß an politischer Kontrolle. Ab 2020 wurden die Zustände in China offen totalitär: Eine Gesundheitsapp auf jedem Smartphone regelte den Zugang zum öffentlichen Leben. Ein negativer PCR-Test war Voraussetzung für einen grünen Code in der App. Ohne den konnten weder Taxis noch Züge, Busse oder Flieger genutzt werden. Selbst der Besuch eines Supermarktes war dann verboten. In Peking wurde mit einem roten Code sogar die eigene Wohnung zur Sperrzone. In umzäunten Wohnanlagen kontrollierten Wärter die Gesundheitsapp.

Dieses ohnehin schon totalitäre System wurde noch politisch missbraucht. 2022 wurden Bankkunden an Protesten gehindert. Sie durften nach dem Einfrieren ihrer Konten nicht zu dieser geschlossenen Bank nach Zhengzhou reisen. Der Gesundheitscode in ihrer App sprang auf Rot und sie durften nicht anreisen (10).

In Deutschland ist diese Situation (noch) nicht möglich, da noch analoge Alternativen existieren.

Bargeld für finanzielle Freiheit

Eine der wichtigsten Voraussetzung für ein diskriminierungsfreies

analoges Leben ist der Schutz des Bargeldes.

Bargeld ist bis jetzt das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel in Deutschland. Und es garantiert den Schutz der Privatsphäre und der Daten. Bargeld ist Freiheit. Selbst im Falle eines Stromausfalles kann es noch für Tauschaktionen und zur Wertaufbewahrung genutzt werden.

Für Bargeld gibt es eine rechtliche Annahmepflicht, die allerdings Lücken aufweist. Der Händler oder Dienstleister kann vor Vertragsabschluss in seinen allgemeinen Geschäftsbedingungen festlegen, dass Bargeldzahlung nicht akzeptiert wird. Die Nutzung von Bargeld wird bewusst durch die politischen Entscheidungsträger immer teuer und umständlicher geregelt, so dass immer mehr Händler und Dienstleister gerne darauf verzichten. Willkürlich festgelegte Obergrenzen und andere Kampagnen gegen das Bargeld bewirken eine Flucht ins Digitale. So ist Bargeld nicht mehr leicht verfügbar, die Wege zu den Banken werden immer länger, Automaten werden reduziert und die Abhebegebühren oder auch Einzahlungshindernisse immer höhergesetzt.

Im Moment wird in der Europäischen Union die Einführung des digitalen Euros, verknüpft mit einer „digitalen Geldbörse“, diskutiert. Ende des Jahres soll der Gesetzgebungsprozess abgeschlossen sein, und 2029 soll es zur Erstausgabe des digitalen Euros kommen (11).

Für den digitalen Euro gibt es dann eine tatsächliche, europaweite Annahmegarantie. Eine weitere Petition auf EU-Ebene mit 350.000 Unterstützern, initiiert von Hansjörg Stützle und Hakon von Holst, will erreichen, dass Bargeld dem digitalen Euro zumindest gleichgestellt wird (12).

Das Menschenrecht auf Mobilität

Mobilität wird für Menschen ohne Smartphone immer mehr zur Herausforderung. Wer mit der Fluggesellschaft Ryanair fliegen möchte, muss sich erst ein Konto einrichten und die App aufs Handy laden. 24 Stunden vor Abflug darf der Kunde dann selbst online einchecken, und der Boardingpass wird im eigenen Konto hinterlegt. Boardingpässe aus Papier sind schon seit November 2025 komplett abgeschafft. Vor Reiseantritt soll der Fluggast noch Pushnachrichten, Ortungsdienste und Bluetooth seines Handys aktivieren. Das ist Kundenservice 2026. Der Kunde darf alle Aufgaben selbst übernehmen und dafür noch alle seine privaten Daten abgeben.

Abenteuer mit der Deutschen Bahn

Aber um seine Daten offenlegen zu dürfen, muss man gar nicht hoch in die Luft. Es reicht ein Ausflug mit der Deutschen Bahn, die ihre Kunden ebenfalls zwangsdigitalisiert. Vorbei sind die Zeiten, in denen der Kunde anonym und jederzeit ein Ticket am Automaten ziehen konnte und damit Bahn fuhr. Es gab Zeiten, in denen in Notfällen sogar im Zug noch ein Ticket erworben werden konnte – mit Wahlmöglichkeit beim Bezahlvorgang. Die Älteren unter uns werden sich daran erinnern. Aber der Deutschen Bahn dämmerte, dass sie auf diese Art die Daten ihrer Kunden nicht schnell genug sammeln kann. So wurden Spartickets eingeführt, die man nicht am Automaten kaufen konnte, sondern ausschließlich online – mit Abgabe aller persönlichen Daten. Wahlweise durfte man sie am Schalter erwerben, wo ebenfalls zu viele persönliche Daten wie E-Mail-Adresse oder Telefonnummer erfasst wurden. Der Datenschutzbeauftragte von Hessen beendete diesen Missbrauch 2025 (13). Auch Deutschlandticket- und Bahncard-Nutzer wurden zum Mitführen eines Smartphones genötigt. Während die Autorin

als Bahncard-Nutzerin niemals ein Problem mit dem dauerhaft mitgeführten Papierausdruck hatte, bekam ein Deutschlandticketbesitzer mehrfach Probleme. Diese konnten erst im Januar 2026 gerichtlich ausgeräumt werden (14).

Für ihr Agieren bekam die Deutsche Bahn AG 2024 den BIGBROTHERAWARD in der Kategorie „Mobilität“. Der Negativpreis, „Oscars für Datenkraken“, wurde vom Verein „Digitalcourage e.V.“ verliehen, weil die Bahn alles dransetzt, „unüberwachtes Bahnfahren unmöglich zu machen“ (15).

Und die Bahn glänzt noch mit weiteren Hürden, die ein analoges Leben erschweren. So werden sukzessive an vielen Bahnhöfen in Deutschland die Fahrkartenautomaten abgebaut. In kleineren Städten wird der Kunde somit gezwungen, auf das Internet zuzugreifen, wenn er ein Ticket erwerben möchte.

Bei der Deutschen Bahn darf man mittlerweile selbst einchecken – der sogenannte „Komfort Check-in“. Wer bei Komfort aber an eine Tasse Kaffee, am Platz serviert, denkt, liegt falsch. Der einzige Komfort besteht darin, sein Smartphone selbstbestimmt aus der Tasche zu holen, den QR-Code am Vordersitz zu scannen und nicht auf den Zugbegleiter zu warten. Der Komfort ist also eher auf den Schaffner ausgelegt als auf den Gast.

Auch an anderen Orten weiß man seit der Digitalisierung nicht mehr genau, wer Dienstleister und wer Kunde ist.

Lost in the supermarket

Auch in Supermärkten, wie zum Beispiel „Lidl“, darf man seit 2023 komfortabel einchecken. Dies ist eine Voraussetzung für die Nutzung der „Scan & Go“-Funktion, bei der Kunden ihre Einkäufe selber scannen dürfen. Der Zugriff auf den Kundenstandort ist dabei

ebenso zwingend wie die bargeldlose Zahlung.

Mit der „Lidl“-App gibt es Preisnachlässe auf festgelegte Artikel. Auf den Schildern befinden sich beide Preise, was bei vielen Kunden für Verwirrung sorgt – und an den Kassen für entsprechende Diskussionen. Selbstscankassen werden in Deutschland (noch) nicht so gut von den Kunden angenommen. Das führt zu langen Schlangen an den verbleibenden besetzten Kassen.

Verbrauchertipp: Stellen Sie sich nie an die Kasse neben dem Selbstscanbereich. Ihre Kassiererin ist ebenfalls für die Selbstkassierer zuständig und wird ihren Arbeitsplatz 1 ständig verlassen, um hilflosen Kunden am Arbeitsplatz 2 beim Selbstscannen zu helfen oder um Altersbeschränkungen zu kontrollieren.

Es wird zumindest in Deutschland nicht so weit kommen, dass man nur noch mit App im „Lidl“ einkaufen gehen kann. Damit würde man auf zu viele Kunden verzichten. Es werden nur nach und nach die besetzten Supermarktkassen reduziert und durch automatische Kassen ersetzt. Das Lächeln der Kassiererin oder ein kurzes Gespräch mit ihr gehören dann der Vergangenheit an. Und die Zeit als Kunde ist auch vorbei, da ja die Arbeit des Kassierers mitübernommen werden muss.

Neben der Tätigkeit als Zugbegleiter und Kassierer sollte man sich besser auch noch zum Rezeptionisten ausbilden lassen.

„Shining“ Atmosphäre in Hotels

Auch Hotels wollen vermehrt digital werden. Ohne Rezeption muss der Check-in selbsttätig per Smartphone erfolgen – in der Theorie natürlich einfach und komfortabel. Dies simuliert eine gewisse Unabhängigkeit. Der Kunde kann anreisen, wann er will. Im Idealfall

öffnen sich die richtigen Türen, und der unbekannte Weg zum Zimmer ist gut beschildert. Kein „Herzlich willkommen“ oder „Schön, dass sie da sind“ stört das Ankommen. Man sucht sich in menschenleeren Fluren sein Zimmer und fühlt sich wie in einem Roman von Steven King. Schöne neue digitale Welt.

Unsere politischen Entscheider haben offensichtlich kein großes Interesse daran, den Bürgern zu ermöglichen, ein analoges Leben ohne strukturelle Nachteile zu führen. Die Autorin befragte per E-Mail alle Bundestagsfraktionen, ob sie Anfragen, Anträge oder außerparlamentarische Initiativen zum Thema gestartet oder unterstützt haben. Leider kam von keiner Fraktion eine Antwort. Außer von DIE LINKE, die mitteilte, welche Dame das Thema bearbeitet und wohin die Anfrage weitergeleitet wurde. Danach war wieder Schweigen im Walde.

Wie ein Mantra läuft in Endlosschleife die Beteuerung, dass durch die Digitalisierung das Leben bequemer, komfortabler und einfacher wird. Bei ehrlicher Betrachtung sieht es eher so aus, dass der Kunde parallel zum Digitalisierungsgrad immer mehr selber machen muss. Im Alltag agiert er als Kassierer, Zugbegleiter, Steuerfachmann und Rezeptionist in einer Person. Zusätzlich hat er keine Kontrolle über seine privaten Daten — das neue Gold. Deswegen ist es verständlich, dass es Menschen gibt, die sich dem Digitalisierungszwang wenigstens in Ansätzen entziehen wollen. Dabei handelt es sich nicht um eine Randgruppe, sondern um 1,2 Millionen Bürger in Deutschland, die noch nie online waren (1). Die Reaktanten kommen noch hinzu. Die Inklusion dieser Menschen ist noch nicht mal kostenintensiv, da analoge Alternativen häufig gar nicht geschaffen werden müssen. Sie dürfen nur nicht abgeschafft werden.

**Was sollten datenschutzbewusste
Bürger von der Politik fordern?**

- 1 Bargeldzahlung muss gesetzlich verankert und Verstöße geahndet werden, sowohl bei teilstaatlichen als auch bei kommerziellen Unternehmen (diverse bargeldlose Airlines, Deutsche Bahn und andere Verkehrsbetriebe, DHL).
- 2 Behörden und staatliche Dienstleister müssen neben der Digitalisierung analoge Alternativen vorhalten, sie haben eine Vorbildfunktion.
- 3 Alles Existenzielle – wie Mobilität, Handel, Kultur- und Sportangebote – muss analog buch- und besuchbar bleiben. Bargeldlose Festivals, Clubs oder Restaurants sollte es nicht geben.
- 4 Der von Wirtschaftsunternehmen ausgehende Digitalzwang gehört unterbunden. Wer Unternehmen zwingen kann, in jeder Stellenausschreibung nach „Personal m/w/d“ zu suchen, kann auch Datenklau einschränken.
- 5 Politische Teilhabe muss analog ermöglicht werden (Abstimmungen, Petitionen in Rathäusern in Papierform auslegen, parallel zur Onlineabstimmung). Digitalisierung ist da willkommen, wo sie dem Bürger nutzt. Er zahlt sie ja auch in den meisten Fällen. Wenn es für den Kunden oder Bürger wirklich bequemer wird, muss auch kein Zwang zur Digitalisierung ausgeübt werden. ## Was können datenschutzbewusste Bürger selbst tun? Der wichtigste Punkt ist die häufige Nutzung von Bargeld. Man sollte Geschäfte meiden, die nur Kartenzahlung anbieten, und dies auch vor Ort begründen. Im Einzelhandel sollten Selbstscankassen gemieden werden, auch wenn man länger anstehen muss.

In der Deutschen Bahn kann man sich komfortabel vom Zugbegleiter „einchecken“ lassen und nicht seinen Job mitübernehmen.

Man kann Politiker anschreiben und Petitionen zum Recht auf ein analoges Leben einreichen und unterstützen.

Denn Heribert Prantl fasst es treffend zusammen: „Das Recht auf ein analoges Leben gehört zum Grundrecht auf Achtung und Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums.“ (1)



Sylvie Weber, Jahrgang 1970, hat einen Magister im Hauptfach Geographie und den Nebenfächern Politik- und Wirtschaftswissenschaften und einen Abschluss des Deutschen Journalistenkollegs. Beruflich war sie jahrzehntelang in der Eventbranche tätig. Sie ist glücklich verheiratet und stolze Mutter von fünf Katzenkinder. Aktuell pendelt sie zwischen ihren Wohnorten Koblenz und Krk in Kroatien. Geschrieben hat sie schon immer — ob in der Abizeitung oder Reiseberichte in der Universität. Früher war sie bei Bündnis90/ Die Grünen aktiv, jetzt in der Basisdemokratischen Partei.